

NZZ, 25.11.2000

Vom Reich zur «postklassischen Nation»

Heinrich August Winklers «Deutsche Geschichte»

Von Ulrich Herbert

«Am Anfang war das Reich: Was die deutsche Geschichte von der Geschichte der grossen westeuropäischen Nationen unterscheidet, hat hier seinen Ursprung.» Mit dieser Genealogie des deutschen Sonderwegs begann der erste Band der grossen deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts aus der Feder des Berliner Historikers Heinrich August Winkler. Das war mehr als ein anspielungsreicher Auftakt. Schon im Vorwort dieses Bandes erläuterte der Autor die damit verbundene Zielrichtung. Der «Fluchtpunkt» seiner Darstellung sei nicht so sehr 1933 oder 1945, sondern das Jahr 1990: «Warum fand die deutsche Frage ihre Antwort in der Wiedervereinigung? Die Frage lässt sich auch anders formulieren: Warum gibt es seit 1990 und erst seit jenem Jahr keine deutsche Frage mehr?»

Am Ende des ersten Bandes seines Werkes notiert Heinrich August Winkler ein Zwischenergebnis, das den Faden seines Eingangssatzes wieder aufnimmt. Deutschland habe bis 1933 nicht zu einem selbstverständlichen Nationalbewusstsein gefunden, vielmehr habe der «Reichsgedanke», der «Mythos vom Reich», dominiert: «die Erinnerung an die Grösse des deutschen Mittelalters», «der irdische Abglanz des Ewigen und darum der letzte Grund einer bestimmten Sendung der Deutschen». Das historisch begründete Defizit der Deutschen an Freiheit und Demokratie habe in der Orientierung auf das Reich seine politische Form gefunden. Diese fixe Idee habe auch als «wichtigste Brücke zwischen Hitler und grossen Teilen des gebildeten Deutschland» gedient: «Sie mussten Europa führen, weil nur sie einen universalen Auftrag hatten, der sie weit heraushob über die anderen Nationen und ihre Nationalstaaten.»

RAHMEN, GRUNDLAGE

Von hier aus spannt sich der Bogen des nun vorliegenden zweiten Bandes: Der Versuch Hitlers, das «Dritte Reich» über Europa zu errichten, endet in der Katastrophe und der Zerstörung nicht nur des Deutschen Reiches, sondern auch eines deutschen Nationalstaats. Die nun folgenden 45 Jahre versucht Winkler aus dieser Perspektive zu betrachten - wie sich aus den Trümmern des Reiches zunächst zwei deutsche Staaten entwickeln, von denen der eine nur behauptet, eine Nation neuen, nämlich sozialistischen, Typs zu sein, während sich der andere in der Hülle des Provisoriums zu einem erfolgreichen, westlich orientierten und demokratischen Gemeinwesen herausbildet, das sich von den Schlacken der Reichsorientierung löste und 1990 innerhalb der Europäischen Gemeinschaft zu einem demokratischen, «postklassischen» Nationalstaat wurde. Damit, so Winklers These, seien nun die Voraussetzungen gegeben, um das Ende des deutschen «Sonderwegs» zu besiegeln.

Diese Rahmeninterpretation bildet die Grundlage der ausgreifenden Darstellung, die von der Kapitulation im Mai 1945 bis in die Gegenwart reicht und die Geschichte der Bundesrepublik ebenso wie der eher kurz abgehandelten DDR umfasst. Winklers zweibändige deutsche Geschichte und der zweite Band zumal stellen zweifellos einen Höhepunkt der neueren deutschen Historiographie dar - eine Darstellung aus einem Guss, umfassend informiert, prägnant formuliert, ebenso anregend wie Widerspruch herausfordernd.

Aber trägt die Grundlage auch? Dass der «Reichsgedanke» die Brücke zwischen Hitler und den gebildeten Deutschen bildete, ist eher zu bezweifeln. Das Problem der Deutschen nach 1918 und vor allem der nationalistischen Deutschen, die schon bald in der Mehrheit waren, war nicht die Unzufriedenheit mit dem existierenden Nationalstaat, sondern die militärische und politische Demütigung, der wirtschaftliche Zusammenbruch, der jähe Sturz aus hoher Höhe, der sie gegen den gegenwärtigen Zustand anrennen und nach Grösse, Bedeutung und Suprematie lechzen liess. Das «Reich» war hier schon ein ganz und gar schimmernder Begriff - eine mit Macht bemühte Erinnerung, die im nationalen Elend von 1920 verwehte Herrlichkeit und mythische Grösse suggerierte. Hitlers Ziel bestand in der Schaffung eines kontinentalen Kolonialraums als Grundlage für eine deutsche Hegemonie in Europa, ja der Welt. Das «Reich» als gegliederter Herrschaftsraum mit unterschiedlichen Völkerschaften und Ethnien war hier nicht mehr als ein historisches Zitat - und ein «durchrasster» Vielvölkerstaat war das Letzte, was der Diktator anstrebte.

Wenn es ein Vorbild für Hitler gab, dann nicht das mittelalterliche Reich, sondern, unzählige Male wiederholt, Grossbritannien und sein Empire - ein klassischer Nationalstaat mit weltweiter Hegemonie also.

Dann aber beginnt Winkler mit seiner ruhigen, klar strukturierten Erzählung, die auf meisterhafte Weise Darstellung und Analyse miteinander verbindet. In nüchternen, präzisen Strichen zeichnet der Autor das Bild eines Bündnisses der traditionellen Eliten mit den nationalistischen Massen, dessen gemeinsamer Bezugspunkt in der Führerfigur symbolisiert wird. Die Dynamik des Regimes, die Bedeutung der wirtschaftlichen und aussenpolitischen Erfolge für die zunehmende Akzeptanz des Regimes im Volk, die Fixierung Hitlers auf seine «Endziele», denen gegenüber er die Tagespolitik, die Innenpolitik zumal, vernachlässigt, die Überhöhung des Führerkults und das unablässige Drängen zum Krieg - dies wird hier ebenso kühl wie genau herausgearbeitet.

Ausführlicher als die Vorkriegszeit werden die Kriegsjahre behandelt; Winkler zeigt, dass schon der Krieg gegen Polen kein europäischer Normalkrieg mehr war, sondern der erste völkische Feldzug, der auf die Unterjochung und Vertreibung des polnischen Volkes und die Vernichtung seiner Führungsschichten ausgerichtet war. Er beschreibt überzeugend und mit grosser Klarheit die Entwicklung von der Judenverfolgung zum Genozid und zeigt dabei auch die Rolle der Eliten in Verwaltung, Wirtschaft, Wehrmacht und Wissenschaft, der Historiker nicht zuletzt. Gerlach folgend markiert Winkler den Übergang zur systematischen Vernichtungspolitik im Dezember 1941, als Hitler in Reaktion auf den Kriegseintritt der USA seine «Prophezeiung» vom Januar 1939, wonach ein erneuter Weltkrieg die Vernichtung der Juden bedeuten würde, vor den Parteioberen so vehement wiederholt, dass diese daraus auf den Willen des Führers schliessen, nunmehr die Juden im deutschen Machtbereich allesamt zu ermorden.

Das nationalsozialistische Deutschland, das zeigt der Autor in aller Klarheit, war vor allem ein Machtstaat auf der Grundlage einer rassistischen Ideologie, die man selbst schnell als hypertrophe Übersteigerung nationalistischer und darwinistischer Bewegungen erkennen kann. Aber sein Aufstieg und die Kriegs- und Genozidpolitik waren nicht die Folge des deutschen Nationalstaats oder der Orientierung auf die «Reichsidee», die hier kaum mehr war als eine historisch klingende Verpackung der deutschen Raub- und Mordfeldzüge, sondern der katastrophalen politischen Entwicklung, wie sie sich vor allem im Gefolge der Niederlage im Ersten Weltkrieg zugespitzt hatte.

EIN SPD-STAAAT

Winklers Bundesrepublik ist ein SPD-Staat. Schumacher, Carlo Schmid, Helmut Schmidt und vor allem Willy Brandt sind seine Protagonisten; später auch Bahr, Gaus, Lafontaine als die innerparteilichen Kontrahenten des Autors. Die Union, auch Adenauer werden nur sehr knapp behandelt; ihre internen Auseinandersetzungen, Flügelkämpfe und die windungsreiche Durchsetzung des Adenauer'schen Konzepts vernachlässigt der Autor weitgehend; die Liberalen fehlen fast völlig. Das setzt einen deutlichen Gegenpunkt zu den Darstellungen von Schwarz oder Görtemaker, aber ganz einleuchten will es nicht.

Eine der grossen Leistungen der Union in der Bundesrepublik der fünfziger bis siebziger Jahre bestand in der Gewinnung des deutschen Mittelstands und Bürgertums für die Republik - ein kompliziertes und widersprüchliches, im Ganzen aber doch sehr erfolgreiches Unterfangen. Kann man das in einer Geschichte der Nachkriegszeit ignorieren?

WESTBINDUNG

Dass die Schumacher'sche Linke national, die Konservativen unter Adenauer aber vor allem europäisch und supranational orientiert waren, zählt Winkler zu den glücklichen Konstellationen der frühen Bundesrepublik, denn auf diese Weise waren es nicht die als vaterlandslose Gesellen verdächtigten Sozialdemokraten, sondern es war die Union mit ihrer Melange aus Katholizismus, Konservativen und Deutschnationalen, die der Wiedererrichtung eines - womöglich neutralen - Gesamtdeutschland entgegentrat und die Westbindung der Teilrepublik durchsetzte. Das hat zweifellos zum Erfolg der Bundesrepublik entscheidend beigetragen.

Doch allein über die Bündnis- und Deutschlandpolitik lässt sich der entscheidende Wandel, den Westdeutschland nach 1949 zu vollziehen begann, wohl nicht erklären. Die Überwindung der zunächst dominanten Orientierungen im sicheren Gestern, der allmähliche, auch generationell bestimmte Aufbruch aus den Begrenzungen der überkommenen Gesellschaft, die Kritik an herkömmlichen Lebensweisen, autoritären Strukturen, patriarchalischen Modellen - das machte den Kern jenes Prozesses der Verwestlichung und Liberalisierung aus, der die Westdeutschen aus den Überresten der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft in die Bürgerschaft der Bundesrepublik verwandelte. In welcher Weise sich dies mit dem aussenpolitischen Klimawechsel vor und nach dem Mauerbau verband, als ausgehend von den USA die Weichen in Richtung auf Ausgleich mit dem sowjetisch dominierten Osten gestellt wurden, wird hier nicht ganz sichtbar.

Gleichwohl - als ebenso kenntnisreicher wie scharfsinniger Überblick über die Geschichte der frühen Bundesrepublik sind diese Kapitel eindrucksvoll und überzeugend; und in abgeschwächter Weise gilt dies auch für die DDR, deren Entwicklung Winkler in klaren, aber auf das Herrschaftssystem beschränkten Strichen zeichnet.

OSTPOLITIK

Die Auseinandersetzung um die Brandt'sche Ostpolitik bildet einen der Schwerpunkte des Buches; sie wird detailliert, mit grosser Sympathie und in epischer Breite geschildert. Die dabei zutage tretenden Widersprüche zwischen Entspannungspolitik und Wiedervereinigungsoption hatte schon Bundeskanzler Kiesinger im Jahre 1967 formuliert: «Deutschland, ein wiedervereinigtes Deutschland, hat eine kritische Grössenordnung. Es ist zu gross, um in der Balance der Kräfte keine Rolle zu spielen, und zu klein, um die Kräfte um

sich herum im Gleichgewicht zu halten. Es ist daher in der Tat nur schwer vorstellbar, dass sich ganz Deutschland bei einer Fortdauer der gegenwärtigen politischen Struktur Europas der einen oder anderen Seite ohne weiteres zugesellen könnte. Eben darum kann man das Zusammenwachsen der getrennten Deutschlands nur eingebettet sehen in den Prozess der Überwindung des Ost-West-Konflikts in Europa.» Diese Problematik setzt die Widersprüche zwischen Westorientierung und Wiedervereinigung fort, die Adenauers Politik bestimmten und von ihm nie hatten ausgeglichen werden können. Sie durchzieht auch die Bemühungen der sozialliberalen Ostpolitik und erklärt die darin angelegten Tendenzen, angesichts der in den siebziger Jahren fest wie nie erscheinenden Machtstruktur des sowjetischen Imperiums eine Wiedervereinigung für ganz ausgeschlossen und angesichts der damit verbundenen Gefahren sogar für nicht mehr wünschbar zu halten.

Gegenüber der Dominanz der Ostpolitik wirken die Passagen über die Reform- und Innenpolitik Brandts blass. Die kenntnisreiche und ausgewogene Darstellung der 68er-Bewegung hingegen bietet eine gute Grundlage für weitere Forschungen. Analytisch bleibt der von Winkler dargelegte Widerspruch der Bewegung aber unaufgelöst: Wie kann eine ideologisch derart konfuse, illiberale und antiamerikanische Bewegung so prägende Auswirkungen im Sinne einer kulturellen Verwestlichung, politischen Liberalisierung und Demokratisierung Westdeutschlands haben - die sie auch nach Winklers Auffassung zweifellos hatte?

Die Darstellung der Ära Schmidt wird von dem bald anhebenden «Zweiten Kalten Krieg» im Zuge von Raketenstationierung, Doppelbeschluss und dem Aufkommen von Solidarnosc in Polen dominiert. Hier nimmt Winkler den Faden wieder auf, den er bereits bei der Diskussion um die Ostpolitik der frühen siebziger Jahre gesponnen hatte: die kritische Auseinandersetzung mit solchen Tendenzen in der SPD, die wegen des Bemühens um Entspannung und Abrüstung den totalitären, diktatorischen Charakter des SED-Regimes klein redeten. Diese Haltung spitzte sich seit 1981 in Bezug auf das Verhältnis zu der nationalkatholischen Solidarnosc-Bewegung zu; etwa wenn Egon Bahr den Primat der europäischen Sicherheit vor den Bestrebungen osteuropäischer Freiheitsbewegungen hervorhob. «Für Wehner, Bahr und Gaus», hebt Winkler zutreffend hervor, «war das Interesse an aussenpolitischer Stabilität mittlerweile zum einzig legitimen Interesse geworden, woraus folgte, dass der Drang nach Freiheit in dem Augenblick illegitim wurde, wo er mit der Stabilität der Nachkriegsordnung in Widerspruch geriet.»

Aber das war ja nicht auf die SPD beschränkt. Franz-Josef Strauss sah das nicht anders: «Wegen der damit verbundenen Gefahr lebensgefährlicher, kriegerischer Verwicklungen konnten und können Volkserhebungen in den Staaten des Warschauer Pakts nicht unterstützt werden.» Je instabiler die osteuropäischen Regime infolge der wirtschaftlichen Misere wurden und je grösser mithin die Gefahr von Krisen und Aufruhr wurde, desto stärker, so schien es, musste man auf die Stabilisierung der osteuropäischen Diktaturen hinarbeiten. Das bezog die Hinnahme des Kriegsrechts in Polen ebenso ein wie die Ausserachtlassung der sich in der DDR herausbildenden Friedens- und Oppositionsgruppen, die sich auf keine nennenswerte Unterstützung in der Bevölkerung stützen konnten und das SED-Regime als «Sicherheitspartner» destabilisierten.

(K)EINE ALTERNATIVE?

Aber was war die Alternative? Grundlage solcher Tendenzen war ja nicht allein der ausgreifende Etatismus der Sozialdemokraten, sondern vor allem die Überzeugung, dass die Existenz der sowjetischen Diktatur auf Jahrzehnte hin gesichert sei - und dass sich alle Politik

an diesem Faktum orientieren müsse, wollte sie mit dem Eintreten für die Freiheit der Menschen im Ostblock nicht die Gefahr eines bewaffneten Konflikts der Supermächte heraufbeschwören. Dieses Dilemma beherrschte folgerichtig auch die Ostpolitik der Regierung Kohl. Deren Verhalten gegenüber dem SED-Regime etwa unterschied sich nicht von demjenigen ihrer Vorgängerin - auch sie «stabilisierte die DDR, und das auch deswegen, weil infolge der mittlerweile starken Verflechtung eine Destabilisierung der DDR die Bundesrepublik sofort in Mitleidenschaft gezogen hätte», wie Winkler treffend bemerkt.

Und auch der von Winkler stets mit heiliger Hochachtung behandelte Willy Brandt war ja aus diesem Dilemma nie herausgekommen - «Vollends durch den Kalten Krieg und seine Nachwirkungen gefördert, wurde die Hoffnung auf Wiedervereinigung geradezu zur Lebenslüge der zweiten Republik», hatte Brandt 1984 formuliert, der im Übrigen innerhalb der SPD-Führung zu den entschiedenen Unterstützern der Friedensbewegung gehörte, die Winkler nicht ganz zu Unrecht als naiv, amerikafeindlich und blind gegenüber der Machtpolitik der Sowjetunion bezeichnet.

Was also war die Alternative, wenn von Kohl und Strauss bis Brandt, Schmidt und Lafontaine alle darin übereinstimmten, dass oppositionelle Bewegungen in Osteuropa aus Gründen der Stabilität und Friedenssicherung nicht unterstützt werden konnten und dass Gedanken an eine Wiedervereinigung ebenso illusorisch wie gefährlich seien? Es war also keineswegs allein die von Winkler nun mehr und mehr als Hauptgegner herausgearbeitete «postume Adenauersche Linke», die ihren Frieden mit dem Status quo gemacht hatte; nicht einmal in erster Linie, denkt man etwa an die Unterstützung der ostdeutschen Friedensbewegungen durch die Grünen.

Die Einzigen, die sich diesem Konsens nicht anschlossen, waren die deutschlandpolitischen Hardliner in der Union und den Vertriebenenverbänden, deren Vorstellungen einer Wiedervereinigung sich aber auf die Grenzen von 1937 bezogen und damit nicht nur den Status quo des Kalten Krieges in Frage stellten, sondern auch die Existenz des polnischen Staates. Legitimiert die Entwicklung der späten achtziger Jahre solche Positionen? Oder bestand die Alternative nur in der im wahrsten Sinne exorbitanten Aufrüstung der Regierung Reagan? War denn die Aufrüstung der USA als gezielte Strategie zur endgültigen Niederrichtung der Sowjetunion zu bewerten, die auf diese Weise in den Ruin getrieben werden sollte? Selbst für eine Supermacht wäre das ein Abenteuer mit ungewissem Ausgang gewesen; für Deutschland aber musste sich derlei als selbstmörderisches Risiko doch wohl verbieten.

Nach dem Ende der Regierung Schmidt interessieren den Autor nur mehr diese Probleme. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten im Zuge der grossen Depression der späten siebziger und frühen achtziger Jahre, die Entwicklung der west- und ostdeutschen Gesellschaften, die inneren Spannungen, die kulturellen Entwicklungen werden nur für die Zeit bis 1982 genauer besprochen. Mit dem Übergang zur Regierung Kohl fehlen solche Aspekte nahezu ganz, und für Kohl selbst hat Winkler nicht mehr als eine vernichtende Nebenbemerkung übrig: Dieser Politiker besitze zweifellos «ein hochentwickeltes Gespür für die Erfordernisse von Machterwerb und Machterhalt». Nur seine Leistung bei der Erringung der Einheit lässt Winkler gelten; hier habe Kohl «zielbewusst, instinktsicher und souverän» gehandelt. Die Erinnerung an seine zahlreichen Ungeschicklichkeiten, Fehler und Schwächen sei dadurch aber nur vorübergehend geschwunden, mit dem zweiten Parteispenskandal erscheine Kohl wieder als der Alte.

Das letzte Viertel des Buches ist ganz allein dem Prozess der Wiedervereinigung gewidmet, deren minutiöser Schilderung der Autor doppelt so viel Platz einräumt wie der Darstellung der gesamten Adenauer-Ära. Mit dem weitgehenden Ausblenden der inneren Verhältnisse in der Bundesrepublik wie in der DDR seit den frühen achtziger Jahren aber fehlt der Darstellung der Bezug auf jene Entwicklungen in beiden Gesellschaften, die sich dann vor und nach 1990 als so schwierig und folgenreich erweisen sollten - die Verschleppung der inneren Reformen durch die Regierung Kohl etwa, die Entwicklung der Ausländer- und Asyldebatte in Westdeutschland, die eigensinnige Aneignung des Alltagslebens in der DDR durch ihre Bevölkerung, auch ihre Abkapselung vor den kulturellen Erscheinungen der Moderne.

WIEDERVEREINIGUNG

Spätestens mit dem Machtantritt Gorbatschews 1985 verwandelt sich die bis dahin vorwiegend erzählend analysierende Darstellungsweise in eine geharnischte Streitschrift für die Idee eines demokratischen deutschen Nationalstaats. Besonders vehement setzt sich Winkler dabei mit jenem Teil der westdeutschen Linken auseinander, der in den achtziger Jahren seinen politischen Frieden mit der Bundesrepublik zu machen und sich zunehmend als integraler Bestandteil einer Republik zu verstehen begann, die man zehn Jahre zuvor doch zum Teil noch so heftig bekämpft hatte. Nun hängt dies gewiss vor allem damit zusammen, dass die Linke politisch und kulturell solchen Einfluss auf den Zustand der Republik genommen hatte, dass sie diesen Staat nun nicht ganz zu Unrecht - auch - als den ihren begreifen konnte.

Die Verwestlichung und Amerikanisierung der westdeutschen Linken ging einher mit dem Zuwachs an Bedeutung der NS-Verbrechen für die politische Debatte in der Bundesrepublik. Wenn Winkler dazu spitz bemerkt, dass die Berliner Mauer nun «nicht mehr als ein Symbol der Unfreiheit der Ostdeutschen, sondern als Mahnmal für die ermordeten Juden» angesehen wurde, so ist das vermutlich übertrieben. Aber dass die Linke erhebliche Vorbehalte gegen ein wiedervereinigtes Deutschland hatte, als sich dies 1989 abzuzeichnen begann, und dies mit den historischen Erfahrungen der NS-Zeit begründete, ist gewiss ebenso wenig zu bestreiten wie die Tendenzen zur allfälligen Instrumentalisierung der Erfahrungen von Auschwitz in der deutschen Tagespolitik.

Aber der Kern der Vorbehalte gegen eine Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten betraf doch etwas anderes, das nämlich die schiere Grösse des neuen Deutschland, seine wirtschaftliche Kraft und die sich daraus ergebende politische Dynamik die europäische Tektonik erschüttern würden. Zudem misstraute man dem tatsächlich erreichten Mass an Verwurzelung liberaler und demokratischer Prinzipien in der kollektiven Mentalität zumal der deutschen Führungsgruppen. Dies war kein Spezifikum der westdeutschen Linken, sondern schlug sich auch in den Vorbehalten der europäischen Nachbarstaaten gegenüber der sich abzeichnenden Einigung nieder.

So unberechtigt waren deren Ängste ja nicht, auch wenn man Frau Thatchers Menetekel eines «Vierten Reiches» für eine bizarre Überzeichnung halten mochte. Winkler erinnert denn auch daran, wie viel Drucks von Seiten der Amerikaner es bedurfte, bis Helmut Kohl schliesslich zur Anerkennung der Oder-Neisse-Linie als Ostgrenze Deutschlands genötigt werden konnte. Und die Entwicklung des gewalttätigen Rechtsradikalismus seit 1990 mit mehr als 80 Toten ruft diese Vorbehalte und Ängste seither stets erneut in Erinnerung; es ist etwas irritierend, dass Winkler in seiner Darstellung weder auf Rostock und Solingen noch auf die Konjunkturen von Neonazismus und Antisemitismus in Ostdeutschland eingeht. Kurz - die

Einwände gegen die Einigung allein auf die Mythisierung des Holocaust und die westdeutsche Selbstzufriedenheit zu reduzieren, ist eine zu sehr auf Deutschland begrenzte Sichtweise und schafft eher neue Mythen, als dass alte dadurch beseitigt würden.

Insgesamt ist die nationale Frage als Fluchtpunkt einer deutschen Geschichte jedenfalls des 20. Jahrhunderts nicht sehr tragfähig. Nicht das Fortwirken des Reichsgedankens, sondern das Fortwirken von Obrigkeitsstaat und Freiheitsdefizit erwiesen sich als die grossen Hindernisse auf dem Weg der Deutschen nach Westen. Nicht die Gründung des demokratischen Nationalstaats im Oktober 1990, sondern die inneren Veränderungen, der Prozess der allmählichen Liberalisierung und Demokratisierung in Westdeutschland, in den Jahrzehnten zuvor markieren in historischer Perspektive den Wendepunkt der deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert. Als sich dann die Möglichkeit der Wiedervereinigung bot - überraschend, schnell und ungeplant -, stellte sich diese Entwicklung in der Bundesrepublik zu westlichem Freiheitsverständnis, zu Liberalität und Bürgerlichkeit als die entscheidende Voraussetzung dar, um die anstehende Vereinigung mit einem Staat, dessen Bürger eben nicht die Möglichkeit gehabt hatten, eine solche Verwandlung zu durchlaufen und ihre Gesellschaft in ein liberales Gemeinwesen zu verwandeln, sowohl wünschbar wie erfolgreich zu machen.

Heinrich August Winkler: Der lange Weg nach Westen. Band II: Deutsche Geschichte vom «Dritten Reich» bis zur Wiedervereinigung. Verlag C. H. Beck, München 2000. 743 S., Fr. 62.-.

Neue Zürcher Zeitung, Ressort Literatur und Kunst, 25. November 2000, Nr.276, Seite 81